

# M 10 Abendgottesdienst – Gespräche mit Superintendent

Bezirksverwaltung für  
Staatsicherheit Karl-Marx-Stadt  
Kreisdienststelle Zwickau  
Leiter

BStU  
006132

Zwickau, 8. Juli 1980

Geb-ku 346

Tgb. Nr. 4693  
Weiter an P770

Bezirksverwaltung für  
Staatsicherheit  
1. Stellvertreter des Leiters  
der Bezirksverwaltung  
Gen. Oberst S c h a u f u s

Karl-Marx-Stadt

BVIS Kms	W
11 07 33	
Tgb. Nr. 1677	
Weiter an	

AKA Jo. / dann Xx

G e s p r ä c h des Oberbürgermeisters von Zwickau  
mit Superintendenten M [REDACTED]

Am 5. Juli 1980 fand planmäßig ein sogenanntes "Scheck-Gespräch" mit Superintendent M [REDACTED] im Beisein von Kirchenrat R [REDACTED] beim Oberbürgermeister, Genossen F i s c h e r, statt.

Im Rahmen auch zu politischen Fragen geführter Diskussionen wurden insbesondere die Beziehungen DDR/BRD sowie die Problematik der Antragsteller auf Übersiedlung berührt. Durch Superintendent M [REDACTED] wurden folgende Positionen zum Ausdruck gebracht:

Trotz vieler Probleme, die auch in der BRD herrschen, sei es für ihn dennoch ein Sozialstaat, da mit der Arbeitslosenunterstützung viel getan werde. Eine Arbeitsproduktivität wie in der DDR könne man sich in der BRD nicht leisten. Es fehle bei uns oft die richtige Einstellung zur Arbeit.

Im weiteren äußerte sich Superintendent M [REDACTED] zur Informationspolitik in unserem Staat, die keine offizielle Kritik zulässt. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die "Zensur" der Zeitung der Landeskirche "Der Sonntag", welche es in letzter Zeit verstärkt gegeben habe.

Man solle aufhören, die Bürger zu sehr zu gängeln und zu bevormunden. Die Berichterstattung unserer Medien über die BRD sei einseitig.

C - Xx - 796

Zur Problematik von Antragstellungen auf Überreisung, auch unter Bezug zur momentanen Situation im Dom, führte M i e t h aus, daß man sich doch die Frage stellen müsse, was sich die Bürger bei uns wünschen, wenn materiell Gutgestellte ausreisen wollen. Die Leute, die "ihnen zugelaufen" sind, habe man versucht, zu normalen Verhaltensweisen zu beeinflussen.

Aufgrund der Zuspitzung der Probleme um Antragsteller gebe es Gespräche der Kirche mit dem Staat. M [redacted] bewegten Fragen zu dieser Sache, wie,

"Was sage ich einem Menschen, der einen Antrag gestellt hat, oder was wird mit denen, die seit Jahren einen Antrag gestellt haben?"

M [redacted] bezog sich auf L e i c h , der im Gespräch mit Genossen Honecker zum Ausdruck gebracht habe, daß in unserem Staat solche Verhältnisse geschaffen werden müssen, daß die Menschen gerne hier leben. Offensichtlich empfinden das die Antragsteller nicht so. Nur so ist es möglich, dieses Problem prinzipiell zu lösen.

Vom Oberbürgermeister wurde M [redacted] erneut darauf verwiesen, daß die Kirche in Fragen der Antragsteller eine korrekte Haltung an den Tag legt und sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischt, vor allem jedoch diese Leute überzeugt werden, hierzu bleiben.

Der Oberbürgermeister ersuchte M [redacted] weiterhin, Einfluß auf Pfarrer Dr. K [redacted] zu nehmen, der in diesen Fragen zu weit gehe.

M [redacted] entgegnete, daß die Ausreiseproblematik, einschließlich K [redacted] kein Grund sei, der Kirche Vorwürfe zu machen. Die Staatsorgane hätten mehr Anlaß, der Kirche zu danken, statt zu klagen.

Wiederum verteidigte M [redacted] das starke Engagement von K [redacted] zur "Betreuung von Problempersonen" sowie den Umfang seiner aufwendigen Aktivitäten.

  
N a g e l  
Oberst